

Politik schafft Satzung zum Baumschutz ab

CDU erhält dank SPD Mehrheit
Grüne, Piraten und Linke für Erhalt

Von Thomas Raulf

Unna. Der Haupt- und Finanzausschuss hat gestern Abend einen geradezu historischen Beschluss gefasst: Die Baumschutzsatzung wird abgeschafft.

Als Beitrag zu den Haushaltsplanungen hatte die CDU-Fraktion einen weiteren Anlauf unternommen, die Baumschutzsatzung abzuschaffen. Und sie erhielt im Haupt- und Finanzausschuss eine Mehrheit. Entscheiden muss letztlich der Rat.

Die Baumschutzsatzung, die es Bürgern unter bestimmten Bedingungen verbietet, Bäume fällen zu lassen, entstand Ende der 1980-er Jahre. In dieser Zeit hätte die Bevölkerung viel gelernt, argumentierte CDU-Ratsmitglied Bernhard Albers. Die Menschen in Unna seien sensibilisiert für den Wert der Bäume. Er sei sicher, in Unna gebe es keinen Kahlschlag, wenn die Baumschutzsatzung aufgegeben wird. Der Bürger sei mündig genug, selbst über Bäume zu entscheiden. So hatte auch die FDP immer argumentiert. Klaus Göldner, Fraktionsvorsitzender von FW/FLU, erinnerte an viele Diskussionen, die bisher Mehrheitsbeschlüssen zum Erhalt der Satzung vorausgegangen waren. „Ich freue mich, diesen Tag hier erle-

ben zu dürfen.“ Was er erlebte, war vor allem eine Kehrtwende der SPD. Wie die Grünen zunächst richtig feststellten, hatte die SPD-Fraktion die Baumschutzsatzung bisher stets mitgetragen. Doch der Fraktionsvorsitzende Volker König erklärte, allein der „European Energy Award“ beweiße, wie engagiert Unna inzwischen in Sachen Umwelt- und Klimaschutz sei. Seine Fraktion stimmte gestern ebenfalls für die Abschaffung der Satzung. Wichtige Argumente gegen die Satzung: Sie reglementiere auch das Fällen von schwierigen oder gefährlichen Bäumen und verursache Verwaltungskosten. Und, so die Gegner der Satzung: Das Regelwerk halte manchen ab, einen Baum zu pflanzen aus Angst, ihn später nicht loszuwerden.

Vier Ratsmitglieder überzeugte das nicht. Die Grünen, Piraten und die Linke stimmten für den Erhalt der Satzung als Beitrag zum „konkreten Umweltschutz“, so die Grünen-Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert. Ihr Parteifreund Karl Dittrich erklärte, die Satzung sei unverzichtbar. Bürgermeister Werner Kolter erinnerte daran, dass der Rat immer noch über alle kommunalen Bäume entscheiden könne. Die Satzung betreffe nur Bäume auf Privatgrund.

Politik kippt Baumschutz

Unna. Die Politik kippt die Baumschutzsatzung. Die CDU-Fraktion konnte gestern auch die SPD überzeugen, dass der Bürger in Unna inzwischen mündig genug sei, selbst über das Fällen oder Nicht-Fällen eines Baums zu entscheiden. Ein Kahlschlag drohe nicht. ➔ Seite 17